



VERTRAULICH - nicht zur
Publikation bestimmt

Bericht über unsere Arbeit in Berlin - Dezember 1983

S. und M. Fornerod-Junod

Wir haben diesen Bericht in drei Teile gegliedert. Der erste Teil besteht aus Berichten über wichtige oder beachtenswerte Daten des kirchlichen Lebens in den letzten sechs Monaten. Der zweite Teil versucht eine Situationsanalyse der Kirche vorzulegen, wobei aktuelle Ereignisse wie die Herbstsynode-Tagung oder die Vollversammlung des DeRK auch berücksichtigt wurden. Der dritte Teil ist eher ein Anhang, der aus Eindrücken von unserer Reise in der UdSSR, Literaturhinweisen usw. besteht.

Erster Teil - Informationen

1. Kirchentage

Von den sieben Kirchentagen, die im Lutherjahr in der DDR stattgefunden haben, konnten wir an zweien teilnehmen, in Frankfurt an der Oder und in Dresden.

In Frankfurt war es ein einfacher und regionaler Kirchentag. Die Stände des "Marktes der Möglichkeiten" zeigten unheimlich viel Phantasie mit wenig Mitteln. Neben üblichen und frommen kirchlichen Ständen waren zum Beispiel Initiativen gegen das Waldsterben vertreten; verschiedene Handwerker - Töpfer, Photographen usw. zeigten ihre Arbeit, in einer Theaterwerkstatt konnten die Kinder mitmachen, und in der Teestube haben junge Liedermacher ihre Musik gespielt. Es gab auch eine Info-Veranstaltung über die Homosexuellen und ihre Probleme in der Gesellschaft, ein Thema, das zuvor in der DDR kaum angesprochen wurde. Es waren keine Massen nach Frankfurt gereist, die Atmosphäre war familiär und ruhig. Im abendlichen Lieder-Gottesdienst haben sich fast alle Teilnehmer versammelt, und das verstärkte unseren Eindruck, die ganze "alternative" Jugend habe sich dort getroffen. Kaum ältere Menschen, fast nur Jugendliche in Jeans und Sandalen waren zu diesem "provinziellen Kirchentag" gekommen.

Während in Frankfurt alle Veranstaltungen und Treffen in kirchlichen Räumen stattfanden, standen in Dresden auch staatliche Räume zur Verfügung, wie zum Beispiel die Ausstellungshalle und ein Teil eines Museums. Der Dresdner Kirchentag war auch deswegen anders, weil er irgendwie alle andern krönen sollte, sowohl vom Veranstaltungsangebot wie auch von der Teilnehmerzahl her. Er war auch anders organisiert. Von Donnerstag bis Samstag fand ein Kongress statt, der Kirchentag selbst war am Sonntag. Für den Kongress haben sich 7'000 Christen getroffen, um über verschiedene Fragen zu diskutieren. 350 kleine Gruppen wurden in 25 Gemeindezentren empfangen. Das Gesamtthema kam aus Luther: "Vertrauen wagen, damit wir leben können". In den Unterthemen ging es mehr um alltägliche Probleme: Glauben verändert mich, die Christen und die andern, Familie zwischen Schule und Kirche, Frieden ist teuer aber bezahlbar, Luther kontrovers, unsere Enkel wollen auch leben, Angst und Resignation - obwohl Gott nahe ist ...

Sowohl in der Arbeitsgruppe über Frieden, in der wir waren, wie auch in der Schlussversammlung des Kongresses war der Wille ziemlich deutlich, sich als Christen von den andern abzusondern. Das kann man freilich gut verstehen. Schliesslich war es die umfassendste kirchliche Veranstaltung, die es in der DDR je gegeben hat. Aber in dieser Haltung konnten wir kaum die Bereitschaft spüren, in staatlichen Organisationen mitzuarbeiten, sei es nur als "erster Schritt in die Richtung des Vertrauens".

In den Diskussionen über Frieden stellten wir mit Ueberraschung fest, dass individuelle Probleme, die mit Wehrdienst, Militarisierung der Schule usw. zu tun haben, für die meisten viel dringender waren als die aussenpolitische Dimension des Friedens. Es geht uns nicht darum, diese innenpolitischen Probleme zu verharmlosen, aber wenn es dazu führt, dass sich die Absonderung der Christen in politischer Gleichgültigkeit ausdrückt, dann wird es problematisch für die Kirche, Anspruch auf das Vertrauen des Staates zu erheben. Das hat Altbischof Schönherr in einer Bibelarbeit betont: Vertrauen ist nicht zu wagen, damit wir, die Christen, leben können, sondern damit die andern leben können. Mit ziemlicher Schärfe hat er betont, das christliche Engagement habe nicht seinen Sinn in sich selbst, sondern nur dann, wenn es zugunsten der Gesellschaft geschehe. Weiter noch: "Die Selbstgerechtigkeit der Christen ist für Gott noch schlimmer als die Ungerechtigkeit der Welt". Damit hat er einen wichtigen Punkt genannt. In diesem Kirchentag, wo die Versuchung gross war, dass die Kirche sich selbst mit Zufriedenheit betrachtet, wiederholte er noch einmal, dass die Aufgabe der Christen in der sozialistischen Gesellschaft nicht in Besserwisserei besteht, sondern in solidarischem Mitgehen.

Diese treffende Analyse von Altbischof Schönherr schien uns aber nicht mit den Vorstellungen der meisten Kongressteilnehmer übereinzustimmen.

Die riesige Organisation dieses Kirchentags war leider auch inhaltlich zu spüren. Von vielen wurde unser Eindruck bestätigt, dass die "demokratische" Arbeit in den Arbeitsgruppen eigentlich vorgetäuscht war. Vorbereitete Stellungnahmen, Briefe, Vorschläge, überall ähnliche Formulierungen und Akzente zeigten, dass die Möglichkeit für die Arbeitsgruppen, sich in den endgültigen Stellungnahmen äussern zu können, nicht wirklich existierte. Es kam vielmehr darauf an, dass die von "oben", d.h. von der kirchlichen

Organisationskommission diktierten Ziele in den Arbeitsgruppen nur anders formuliert wurden ...

Der eigentliche Kirchentag, am Sonntag, hatte eher einen zeremoniellen Akzent: in allen Kirchen der Stadt fanden am Vormittag Gottesdienste statt, dann waren verschiedene Foren mit hohen Persönlichkeiten organisiert, und das Ganze gipfelte nachmittags in einer "Hauptversammlung" (mit ökumenischen Gästen) unter freiem Himmel. Mit 100'000 Teilnehmern an dieser Versammlung konnten sich die Organisatoren zufrieden erklären.

Bei allen Kirchentagen ist übrigens zu bemerken, dass viel mehr Teilnehmer kamen als geplant wurde. Die Anziehungskraft der Kirche hat sich bei solchen Massenveranstaltungen erwiesen.

2. Die Bluesmessen

Der Berliner Pfarrer R. Eppelmann verdankt seine öffentliche Bekanntheit nicht nur seiner "Führerrolle" in der "unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR, sondern auch der Tatsache, dass er Organisator der berühmtesten "Bluesmessen" ist.

Seit mehreren Jahren werden etwa dreimal im Jahr diese besonderen Gottesdienste veranstaltet. Das Besondere daran ist, dass der Gottesdienst sich als Friedensgottesdienst versteht, und dass er "gespielt" wird: es ist eine Folge von gelesenen, gebeteten oder gespielten Texten mit originalen Rock- und Bluesliedern.

Diese Bluesmessen ziehen immer mehr Leute an, so dass sie jetzt zum Beispiel viermal nacheinander gehalten werden müssen! (Etwa 10'000 Menschen gehen hin.) Dass moderne Musik in der Kirche "live" gespielt wird, gibt dieser Veranstaltung natürlich eine bestimmte Anziehungskraft. Aber die Hauptursache des Erfolgs liegt woanders. Diese Veranstaltung versteht sich als Ort, Zeit und Möglichkeit zu "schreien", sein Aergernis auszudrücken und die "gesellschaftlichen Widersprüche auf den Tisch zu legen". Hier wird also viel über die Unzufriedenheit der Menschen geredet, über die unbefriedigende Weise, auf die der Staat mit seinen Bürgern umgeht, über die täglichen schlechten Erfahrungen mit dem "real existierenden Sozialismus". Mit dem Thema "Wir Protestanten" versucht man, in ungefähr 8 Texten den Begriff Frieden zu umfassen. Jeder Text wird durch ein musikalisches Vorspiel oder ein Lied eingeführt und steht unter einem besonderen Motto, das ebenso als Definition des Friedens gilt, so zum Beispiel: "Frieden heisst sich informieren", "seine Meinung äussern können", "seine Wut hinausschreien können", "Frieden fängt bei sich selbst an", "Frieden heisst offen sprechen" usw.

Das "Abdampf-Selbstverständnis" der Bluesmessen drückt sich zum Beispiel so aus, dass die Teilnehmer am Anfang gebeten werden, ihre Wut hinauszuschreien, und das dreimal, oder dass das "Spiessbürgerdenken" in einem kleinen Theaterstück dargestellt und ausgelacht wird, wo auch die Borniertheit und Dummheit mancher Funktionäre inszeniert wird, besonders bei der Einberufung in die Armee oder bei einem Verfahren gegen einen Kriegsdienstverweigerer. Andere Probleme, wie Konflikte mit den Eltern oder bei der Arbeit werden auch angesprochen. Manche andere Ausdrucksmöglichkeiten, so eine Art "Gebetspredigt", kommen bei diesen Jugendlichen viel schwerer an.

Da die Kirche zu klein ist, warten draussen dreimal mehr Leute als drinnen auf die nächste Aufführung. Es wird gegessen und (viel) ge-

trunken, und besonders viel miteinander geredet. Man tauscht gegenseitig Informationen aus, schreibt sich die nächsten wichtigen Termine auf. Jedesmal kommen viele Leute aus der ganzen DDR dafür zusammen. Ein weiterer Charakterzug der letzten Bluesmessen war das zunehmend grosse Auftreten von Punkern aus Ost-Berlin. Sie haben jetzt sogar ihre Tribüne neben der Kirche aufgestellt und machen ihre eigene Musik und eigenen Konzerte auf dem kirchlichen Gelände. Es ist für sie sonst verhältnismässig schwierig, ein Konzert zu veranstalten.

Unsere Eindrücke und nachträglichen Gedanken über diese Bluesmessen sind zwiespältig: einerseits finden wir es toll, dass in einer doch verkrampften und rigiden Gesellschaft solch lockere Veranstaltung stattfindet, wo alle Grünen und Alternativler zusammenkommen. Es herrscht da eine menschliche Wärme wie sonst selten in der DDR. Das Bedürfnis nach solchen Veranstaltungen ist da, besonders bei den Jugendlichen. Andererseits fragt man sich, was der eigentliche Zweck der Sache ist. Der Eindruck besteht, dass die Organisatoren - die damit im Grunde genommen "eigenständige Friedensarbeit" leisten wollen - auf solch breites Spektrum der Teilnehmer nicht vorbereitet waren. Sie wollen damit einen Freiraum anbieten, bieten aber letzten Endes nicht viel mehr als die Möglichkeit zu "meckern", und kommen zu keiner gemeinsamen konstruktiven Alternative. Dass es nötig geworden ist, "Abdampf-Veranstaltungen" zu organisieren, ist bestimmt eine gewichtige Anfrage an die Gesellschaft. Wenn man aber dabei bleibt, hilft es auch nicht weiter, ausser dass dieses Bedürfnis geschürt wird. Die Probleme werden bloss dargelegt, aber nicht so verarbeitet, dass man hernach die Probleme anders anpacken könnte. Der Freiraum ist da, aber es wird nicht gefragt wozu, oder wie man ihn für das Weiterleben benutzen kann. Die ausgedrückte Wut mutete uns oft wie Verzweiflung, Hilflosigkeit und Resignation an. Da es den Organisatoren wohlbewusst ist, darf man sich fragen, was unter "Freiraum" zu verstehen ist, wenn nur Resignation oder Hilflosigkeit ausgedrückt wird, und weiter, was für eine "eigenständige Friedensarbeit" man leistet, wenn nur gemeckert wird ...

3. Friedenswerkstatt

Anfang Juli fand eine andere wichtige kirchliche Veranstaltung zum Thema "Frieden" statt: die "Friedenswerkstatt": unter dem Motto "Frieden pflanzen" waren um eine Kirche von verschiedenen christlichen Kreisen oder Gemeinden viele Info-Stände aufgestellt worden, die über das Thema "Frieden" Informationen und Gespräche anboten. Es handelte sich dabei nicht nur um die jetzigen Genfer-Verhandlungen und politisch-internationale Rüstungsprobleme, sondern auch um spezifische, DDR-bezogene Probleme, wie Beratung von Kriegsdienstverweigerern oder ökologische Protestaktionen, Kritik an der DDR-Armeewerbung usw... Stände von "Frauen für den Frieden", von Homosexuellen oder über Lateinamerika erweiterten das Spektrum. In der Kirche selber waren andere Akzente: eine Antikriegsausstellung - die in fast allen Kirchentagen in der DDR gezeigt wurde - über die Wirkung der Atombombe und das preussisch-militaristische Denken, verschiedene Lesungen, Chorauftritte sowie ein Podiumsgespräch mit Vertretern der anwesenden Kreise wurden veranstaltet.

Verschiedene andere kulturelle Momente, wie Theater, Musik, waren ebenfalls vertreten; ein offenes Podiumsgespräch (à la Hyde Park Corner), wo jeder seine Meinung äussern konnte, wurde angeboten.

Auch hier war die Stimmung locker und "grün", obwohl die verschiedenen Positionen innerhalb der Kirche zu dem Thema auffielen. Das sah eher wie ein echter kleiner Kirchentag aus, wo entgegengesetzte Meinungen vertreten werden konnten. Die Stimmung war sachlich und sehr informativ, die geplante Aktion eher symbolisch (Apfelbäumchen pflanzen - Lutherjahr!). Viel Kreativität trat bei den Ständen oder Theaterstücken zutage, viel Information zum Thema war erhältlich. Die so verschiedenen Meinungen und Akzente verhinderten allerdings, dass man über Information und Diskussion hinaus beispielsweise eine gemeinsame Erklärung zur aktuellen politischen Lage oder zur Rolle der Kirche in der DDR zu diesem Thema abgeben konnte. Es war von dieser Veranstaltung auch nichts anderes zu erwarten als der Versuch, die Betroffenheit der Kirche, der Bevölkerung und besonders der Jugend zu verarbeiten. Das Engagement der Jugendlichen, die diese Werkstatt selbst eingerichtet hatten, war erfrischend. Es war wirklich eine Veranstaltung, die von der Basisarbeit geprägt war. Von daher ist es nicht erstaunlich, dass die offizielle kirchliche Position unterrepräsentiert war.

Zweiter Teil - Analyse

1. Die gegenwärtige Form der innerkirchlichen Spannung in der DDR

Es darf nicht verwundern, dass dieser Bericht von der Friedensproblematik geprägt ist. Sie ist auch in der DDR-Kirche das vorherrschende Thema. Die Friedensfrage verschärft die Spannung zwischen "Linken" und "Rechten". Wir möchten versuchen, den Kontext und den Rahmen dieser Friedensfrage zu schildern, wie sie sich in der DDR ergibt, um damit die innerkirchliche Spannung besser umkreisen und beschreiben zu können.

Der Eindruck besteht, dass das Thema "Frieden als Bekenntnisfrage" die DDR-Kirche zu einem politischen Bekenntnis gegenüber dem Staat führt. Während die Thesen des Reformierten Moderaments (die diesen Begriff des "status confessionis" wieder eingeführt haben) in der EKD eigentlich kaum zu einem politischen Bewusstsein gegenüber dem Kapitalismus geführt haben, nimmt diese Frage in der DDR anscheinend die Form einer Alternative gegenüber dem Staat an; so ungefähr: wer eigentlich den Frieden als Bekenntnisfrage versteht, muss zwangsläufig dem Sozialismus ganz kritisch gegenüberstehen. Die Frage nach der Position der Kirche gegenüber dem DDR-Staat und die Frage nach der Position der Kirche gegenüber den Atomwaffen greifen ineinander. Das mag daran liegen, dass die Kirche ihre grundsätzliche Haltung gegenüber dem Sozialismus nicht genug verarbeitet hat, dass die Formel "Kirche im Sozialismus" wirklich eine Deckformel ist, die tiefe Spannungen verbirgt (während in der Kirche im Westen hinsichtlich des vorhandenen ökonomisch-politischen Systems ein traditioneller Konsens besteht). Obwohl es im Prinzip möglich ist, dass die Christen sich gegen Atomwaffen engagieren, ohne sich dabei gegen den Sozialismus auszudrücken, ist dies an der Basis der DDR-Kirche nicht so klar; denn die meisten Leute, die sich in der kirchlichen Friedensarbeit in der DDR engagieren, bezeugen damit auch, dass sie mit der Friedenspolitik ihres Staates nicht einverstanden sind, beziehungsweise dass sie grosse Widersprüche darin sehen, zum Beispiel zwischen der aussenpolitischen und der innenpolitischen Friedenspolitik.

Während also die EKD sich mit milden Tönen und Worten gegen Atomwaffen und sehr vorsichtig für ein Friedensengagement äussert (cf, Lutherfeier in Worms ...) und damit bezeugt, dass sie keine radikale theologische Verwerfung dieser Waffen will, geschweige denn eine klare politische Analyse des Kapitalismus, bezeugt das stärkere und klarere Friedensengagement vieler DDR-Christen im Endeffekt dasselbe, indem sie ihre totale Ablehnung von Atomwaffen nicht mit einer Analyse des Kapitalismus verbinden, sondern mit einer Kritik des Sozialismus. Obwohl die Ueberzeugung an sich, dass die Ablehnung der Atomwaffen eine Bekenntnisfrage ist, in der DDR-Kirche mehr verbreitet ist als in der EKD - und das ist ein wichtiger Unterschied -, gerät sie wegen ihrer politischen Aeusserungen in Gefahr und neigt dazu, sich gegen ihre eigene Regierung auszudrücken, obwohl diese Regierung in den Abrüstungsvorschlägen viel weiter gegangen ist als die BRD.

Dabei ist die Verflechtung von aussen- und innenpolitischen Problemen ebenso deutlich spürbar wie die Schwierigkeit, aber auch die Wichtigkeit, sie zu trennen. Während die "Rechten" dem innenpolitischen Frieden den Vorrang geben, und ihn als Prüfstein und moralische Voraussetzung für glaubwürdige aussenpolitische friedensfördernde Massnahmen betrachten, setzen die "Linken" den realpolitisch wirksameren Akzent auf die Unterstützung der Aussenpolitik der DDR in Sache Frieden, um dann, in einer international entspannten Stimmung, innere Probleme lösen zu können. Denn ein Staat in einer aussenpolitischen Spannung ist nie innenpolitisch liberaler geworden, im Gegenteil.

2. Die Herbstsynode und Vancouver

Wenn dies teilweise die Stimmung an der Basis ist, muss man feststellen, dass die Kirchenleitung mit ihrem Herbstbeschluss diese Spannung formell überwinden und aufheben konnte.

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich im September in Potsdam der Friedensproblematik gewidmet. Da wurde u.a. die Antwort auf die Thesen des Reformierten Moderaments erwartet. Und eben der berühmte Begriff vom "status confessionis" ist nicht einmal aufgetaucht! Manche sehen darin eher ein Zeichen der Abhängigkeit des Bundes gegenüber der EKD, und diese hat tatsächlich einen gewissen Druck ausgeübt, damit der Bund die EKD nicht übertrifft und klarer als sie spricht, indem er die Atomwaffen radikal ablehnt. Dennoch muss man die Position des Bundes begrüßen, denn damit ist er dem Inhalt dieser Bekenntnisfrage treu geblieben. Obwohl er inhaltlich mit den Thesen total übereinstimmt, hat er diesen Begriff nicht gebraucht, weil er die notwendige Opposition zu einer bestimmten politischen Auffassung fordert, welche eben in der DDR nicht geteilt wird, nämlich die Auffassung, dass mehr Atomwaffen mehr Sicherheit bringen. Im Beschluss der Synode wird die Friedensfrage nicht mit der Sicherheitspolitik in Zusammenhang gebracht, sondern mit den ökumenischen Diskussionen in Vancouver, wo das Problem der Friedenserhaltung nicht von dem der sozialen Gerechtigkeit getrennt wurde. Die Synode hat sich dem Aufruf von Vancouver angeschlossen, dass "sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und dass ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muss". Anschliessend wird daran erinnert, dass die Synode einen Fehler gemacht hat, indem sie das nicht früher gesagt hatte. Dann wird daran

erinnert, dass ein Verzicht auf die Abschreckungstheorie unumgänglich ist, dass es aber darauf ankommt, dass sie durch "ein auf Gerechtigkeit gegründetes System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd" ersetzt wird.

Dazu noch ein paar Bemerkungen:

- Mit der gleichen Betonung auf Frieden und Gerechtigkeit wird u.É. die enge fachtheologische Frage des "status confessionis" aufgehoben, auch inhaltlich, indem daran erinnert wird, dass Gerechtigkeit ebenfalls eine Bekenntnisfrage ist.

- Die Vancouver-Aussage ist viel umfangreicher und verständlicher als dieser fachtheologische Begriff. Ausserdem kommt es für die DDR-Kirche nicht darauf an, einen alten und geschichtlich unklaren Begriff zu benutzen, der mehr rückschauend wirkt als in die Zukunft weist. Es besteht Gefahr, dass die damit gemeinte politische Richtung von der fachlichen Sprache verdeckt wird.

- In dem oben zitierten Satz wird ein Begriff gebraucht, der seit einem halben Jahr viel diskutiert wird: "Gemeinsame Sicherheit"; später wird ausführlich von "Sicherheitspartnerschaft" die Rede sein, und damit an ein wichtiges Arbeitspapier der Theologischen Abteilung beim Bund erinnert. Diese im März 1983 veröffentlichte Studie heisst "Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa, Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen"; sie greift Vorschläge der "Palme-Kommission" (April 82) auf, die u.a. vorgeschlagen hatte, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit anstatt der gegenseitigen Abschreckung auftreten zu lassen. Da dies nur ein Fernziel ist, kommt es darauf an, konkrete kalkulierte Schritte in diese Richtung zu tun. Die beiden deutschen Staaten haben in dieser Hinsicht eine besondere Verantwortung. Diese Studie endet mit zwei konkreten Vorschlägen an die BRD und an die DDR, um diesen Prozess in Gang zu setzen:

- a) eine spürbare Reduzierung der Bodenstreitkräfte
- b) die dabei freiwerdenden Mittel werden zusammen für den Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft gebraucht, und für gemeinsame Projekte der drei Länder (Polen, DDR und BRD) in der Dritten Welt.

Während diese Studie im Bund der Kirchen in der DDR starkes Echo fand, und während man von seiten des Staates die Aehnlichkeiten dieser Studie mit der Entspannungstheorie der friedlichen Koexistenz unterstrich, ist sie in der BRD und in West-Berlin auf taube Ohren gestossen. Sie wurde kaum diskutiert und als unrealistisch zurückgewiesen.

Zusammenfassend kann man also über dieses Thema zweierlei bemerken: Erstens, indem die Theologische Kommission der Synode dem Begriff "status confessionis" kritisch gegenübersteht, insbesondere gegenüber zu raschen politischen Anwendungen (etwa "blockübergreifend"), bleibt sie dem prinzipiellen Charakter eines Bekenntnisses treu, nämlich, dass ein Bekenntnis immer von einem bestimmten Ort und in einer bestimmten Zeit provoziert wird, von bestimmten politischen Zusammenhängen.

Zweitens, indem die Synode in ihrem Beschluss diese Fragestellung nicht erwähnt, sondern an die Vancouver-Erklärung einerseits und die Sicherheitspartnerschaft, beziehungsweise friedliche Koexistenz andererseits anknüpft, nimmt sie die spezifischen Interessen des

Bundes und die eigenen gesellschaftlichen Gegebenheiten wahr.

Zwar war in den Thesen des Reformierten Moderaments der Bezug zwischen Frieden und Gerechtigkeit hergestellt worden. Aber nur die Friedensfrage war zur Bekenntnisfrage "erhoben" worden, einfach deswegen, weil der BRD-Staat angenommen hatte, eine neuartige Drohung durch Atomwaffen mit der Ersts Schlagkapazität der Pershing II und Cruise Missiles durchzuführen und zu verantworten. Der Bund in der DDR konnte sich in diese gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht versetzen. Ausserdem: obwohl der Bund seit der Synode von Halle im Herbst 1982 eine "deutliche Absage an Geist und Logik der Abschreckung" gefordert hatte, besteht für manche die Frage, ob Atomwaffen für die Verteidigung "noch hingenommen werden" müssen. Dabei spielen militärstrategische Gedanken eine Rolle, da das sozialistische Lager sein Atomwaffenpotential und seine Strategie immer als Verteidigung verstanden hat, was aber von seiten der USA nicht mehr der Fall ist, wenn sie von einer "offensiven Abschreckung" oder "Nach-Vorne-Verteidigung" oder von einem "gewinnbaren Atomkrieg" sprechen. Die Frage nach der Verteidigungslegitimität des Sozialismus wird bestimmt eine grosse Rolle spielen für die DDR-Kirche in der Nachherbst-Situation.

Ein weiteres Zeichen der politischen Profilierung der Kirche, im Sinne "Kirche im Sozialismus", bietet eben die Forderung nach Frieden und Gerechtigkeit in der Welt und die Annahme der Sicherheitspartnerschaft. In beiden Punkten zeigt sie gesellschaftliches Bewusstsein und Engagement, was auch an der grossen populären Unterstützung der DeRK-Arbeit zu ermassen ist.

3. Herbst- und Nachherbststimmung

a) Beispiele

Die drei letzten Monate vor der Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen waren in der kirchlichen Friedensarbeit in der DDR von zwei wichtigen Ereignissen gekennzeichnet:

- Der 1. September, erster Schultag in der DDR, ist der offizielle "Antikriegstag". In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist an diesem Tag der Frieden der Schwerpunkt: Reden, Vorlesungen, Unterricht. Eine Gruppe von Ost-Berliner Anhängern der "unabhängigen Friedensbewegung", geleitet von Pfarrer Eppelmann, hatte an diesem Tag heimlich eine Aktion geplant: eine Friedenskette mit Kerzen sollte zwischen den amerikanischen und sowjetischen Botschaften gebildet werden. (Eine ähnliche Aktion hatte es ein paar Wochen vorher in West-Berlin gegeben.) Diese Aktion wurde durch Polizeieinsatz unterbrochen. Das westdeutsche Fernsehen - am vorigen Abend telephonisch von den Organisatoren bestellt - hatte alles aufnehmen können. Viele Leute wurden festgenommen, aber gleich wieder freigelassen.

- Für den 4. November war von der Kirche eine andere Aktion geplant, diesmal offiziell. Kirchliche Vertreter, darunter Bischof Forck, sollten mit Vertretern der Grünen, der Friedensbewegung aus den Niederlanden und Grossbritannien eine Petition an die Botschaften der USA und der UdSSR übergeben, in der gebeten wurde, das möglichste für den Erfolg der Genfer Verhandlungen zu tun. Die Sache wurde offiziell besprochen, geklärt und genehmigt. Drei Tage vorher wurde aber eine Delegation der Grünen von E. Honecker empfangen. Bei die-

ser Gelegenheit kündigten die Grünen an, sie würden sich an dieser Aktion nicht in der vorgesehenen Form beteiligen.

Angesichts dieser Tatsache untersagten die DDR-Behörden diese Aktion aus Angst, dass eine ungeplante Demonstration daraus entstehen würde. Die Kirchenleitung wurde benachrichtigt, und am Morgen des 4. November rieten drei Pfarrer den schon versammelten Leuten, sie sollten auseinandergehen. Am gleichen Morgen wurden zahlreiche Grüne an der Grenze zurückgewiesen. Viele kirchliche Mitarbeiter wurden vorübergehend unter Hausarrest gesetzt, andere vorher für kurze Zeit festgenommen. Der Bischof allein konnte diese Petition auch nicht übergeben. Eine Woche später, als die Gemüter sich beruhigt hatten, konnte er mit zwei kirchlichen Vertretern die Petition doch noch an die Botschaften übergeben.

Zwei kurze Bemerkungen dazu:

- die sehr strenge Reaktion der Sicherheitskräfte, besonders im zweiten Fall, wurde von allen stark verurteilt, auch ausserhalb der Kirche.
- einige haben jedoch gestaunt, mit welcher "Naivität" besonders die erste Aktion geplant war. Wer die DDR-Verhältnisse kennt, kann sich denken, wie die Polizei auf eine unangemeldete Demonstration reagiert, besonders wenn man dazu noch das Westfernsehen einlädt!

b) Perspektiven nach der Stationierung

Nach dem Stationierungsbeschluss des Bundestages macht sich auch die DDR-Kirche Gedanken über die Zukunft und fragt nach geeigneten Mitteln, um mit der absehbaren Zukunft umgehen zu können. Bevor wir versuchen, dazu Stellung zu beziehen, möchten wir vier kurze aktuelle Beispiele von kirchlichen Stellungnahmen geben, die uns repräsentativ erscheinen:

- Aus Gesprächen mit Vertretern der "unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR (eine komische Geschichte!: wir haben eine Journalistin des "Figaro" begleitet und alle Gespräche gedolmetscht) war die Befürchtung zu hören, dass neben grösseren ökonomischen Spannungen (weil die Nachrüstung der DDR viele Gelder verschlingen wird) auch grössere innenpolitische Probleme zu erwarten sind. Obwohl die Art und Weise noch nicht klar ist, werden diese Gruppen weiter ihre Stimme erheben. Da ihre Aktionen immer blockübergreifend sind, zum Beispiel gemeinsam mit den "Grünen" von der BRD, sind Probleme und Verhaftungen zu erwarten.
- Eine Gegenstimme dazu bildet zum Beispiel die "Theologische Arbeitsgemeinschaft bei der NDeG", die Anfang November getagt hat, und einen Brief an die Kirchenleitung des Bundes schickte, der auch im Westen veröffentlicht worden ist (Junge Kirche 11/1983). In diesem Brief wird versucht, eine Haltung in der Nachherbstsituation in der DDR zu finden. Dabei waren drei Elemente sehr wichtig:
 - . die Erkenntnis, dass das gezwungene Aufrüsten von seiten der USA kommt,
 - . die Ueberzeugung, dass neue Raketen in der DDR den Frieden nicht sicherer machen werden,
 - . die Feststellung, dass es wahrscheinlich für die DDR-Regierung keine politisch wirksamere Alternative gibt, als die Nachrüstung der Sowjetunion anzunehmen.

Von da aus wurde erklärt: "Trotz ernster Bedenken gegenüber neuen Raketensystemen in der DDR erklären wir, dass wir uns in der gegenwärtigen Situation nicht an Protestaktionen gegen sie beteiligen können und auch unseren Mitchristen dringend davon abraten. Wir sehen die Gefahr, dass solche Aktionen politisch missverstanden, missdeutet und missbraucht werden".

- Die letzte Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle hat in ihrem Beschluss vom 27. November "Erschrecken und Enttäuschung" angesichts der Entscheidung des Bundestags in Bonn zum Ausdruck gebracht, sowie ihre "Bedrücktheit" wegen der angekündigten Gegenmassnahmen der UdSSR und der DDR. Die Synode blieb dann bei einem Nein zu der Stationierung in der DDR, wies aber auch auf folgende Punkte hin: "Die gemeinsame Sorge um den Frieden hat in den zurückliegenden Monaten zu einer grösseren Gesprächsoffenheit in unserem Land geführt. Wir erkennen das:

- in den sichtbaren Bemühungen unserer Regierung um die Erhaltung des Friedens in Europa,
- in der Gesprächsbereitschaft unserer Regierungsvertreter mit westlichen Politikern,
- in ermutigenden Zeichen, wie Christen in unseren Medien öffentliche Stimme gegeben wird (zum Beispiel Brief der Kirchengemeinde Dresden-Loschwitz),
- in der erklärten Bereitschaft, auch mit Pazifisten zusammenzuarbeiten (Erich Honecker im 'Stern'-Interview, N.D. vom 4.11.83),
- in der Bereitschaft unserer Regierung, das Territorium der DDR für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zur Verfügung zu stellen."

Ferner tritt die Synode dafür ein, dass keine Raketen in der DDR stationiert werden, und dass die Regierungen von beiden deutschen Staaten im Sinne der "Sicherheitspartnerschaft" eine Kommission für Fragen der gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung bilden.

- Bei einem Gespräch mit dem Pressereferent des Bundes, Herrn Günter, wurde uns dazu folgendes erklärt: die sogenannte "eigenständige Friedensarbeit der Kirchen" kann nur in einer Richtung wirken, nämlich in jener der Entspannung. Es gibt keine Alternative, selbst wenn es Prestigeverlust kosten muss. Dabei ist natürlich das Wort "eigenständig" noch nicht eindeutig. Die Kirche muss sich immer dagegen wehren, sowohl als Lautsprecher der Regierungspolitik missverstanden zu werden als auch als Opposition missbraucht zu werden. Wenn aber die internationale politische Spannung sich weiter verschärfen sollte, weil R.Reagan seine immer aggressiver werdende Politik weitertreibt, wird es der DDR-Kirche schwer fallen, ihrer Regierung zu sagen: "Macht nicht mehr mit in der Aufrüstung". Ein qualifiziertes Schweigen der Kirche ist da möglich. Jedenfalls wird sie nicht destabilisierend wirken. In den innenpolitischen Spannungen, auch innerhalb der Kirche, kommt es darauf an, "den Schaden möglichst zu begrenzen".

Unseres Erachtens enthalten diese aktuellen Beispiele wichtige Elemente für ein richtiges Einschätzen der jetzigen Situation und der Zukunft:

Einerseits ist es klar, dass es zum Beispiel zwischen den beiden deutschen Staaten grössere Spannungen seit Ende November gibt und

noch geben wird (und muss?). Die Einreise in die DDR ist für manche viel schwieriger, sogar im Moment unmöglich geworden, die Grenzkontrollen werden im allgemeinen gründlicher vorgenommen. Neue Gesetze oder Vorschläge, wie zum Beispiel die Einberufung der Frauen in die Nationale Volksarmee, stossen in der Bevölkerung auf Unmut, einige haben sich sogar gewehrt und sind neulich deswegen verhaftet worden. Natürlich nützt das die Springerpresse bei uns aus und zeigt Bilder von den neuen sowjetischen Raketen in der DDR! (Was man übrigens für die Pershings oder Cruise Missiles nicht so schnell erreicht hatte!) Es ist auch zu befürchten, dass die ökonomischen Anstrengungen der DDR für diese Raketen das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen. Andererseits aber scheint es uns beachtenswert, dass trotz dieser an sich logischen und unausweichlichen Konsequenzen das Interesse an internationaler Entspannung von der DDR mehrmals ausgedrückt wurde. Eigentlich fällt es der Regierung schwer, diese Raketen zu stationieren, und sie weiss, dass sie wirklich "kein Anlass zum Jubeln" (E.Honecker) sind. Viele sind über die Massnahmen der Sowjetunion nicht erstaunt, weil es eben keine unerwarteten Massnahmen sind. Sie waren schon längst angekündigt worden und zum Teil schon verwirklicht.

Ausserdem hat die DDR gleich danach betont, dass sie an guten Beziehungen mit Bonn interessiert ist. Ein neuer Kredit der BRD wird da vielleicht dem guten Willen der DDR entgegenkommen. Alle Beispiele, die der Beschluss der Synode in Halle nennt (siehe oben, Seite 10) sind hier zu erwähnen, insbesondere die Veröffentlichung in "Neues Deutschland", dem Zentralorgan der Partei, von zwei Briefen aus zwei evangelischen Gemeinden in der Sache "Nachrüstung".

Es ist also unseres Erachtens zu erwarten, dass die Kirche in der DDR weiterhin eine Vermittlerrolle spielt, und dass sie dabei in den an Entspannung interessierten Regierungskreisen Unterstützung findet. Jeder, der im Staat und in der Kirche Verantwortung trägt, weiss, dass eine allzu verschärfte und unkontrollierte Spannung dem Land nichts Gutes bringen kann. Nach den von beiden Seiten anerkannten guten Erfahrungen im Lutherjahr kommt es darauf an, in diesem Geist des Vertrauens weiterfahren zu können. Was die Kirche betrifft, könnte das Gedenken an "50 Jahre Barmen (1934-1984)" dazu dienen, ihr antifaschistisches Engagement im Sinne von Barmen und vom "Darmstädter Wort" (1947) auszuarbeiten und zu vertiefen.

Dritter Teil - Verschiedenes

1. Sowietunion-Reise

Im September haben wir an einer durch die ESG der Pädagogischen Hochschule organisierten zweiwöchigen Reise in die SU teilgenommen. Ziele und Schwerpunkte waren folgende: Kennenlernen des Erziehungssystems in der SU, Austausch mit Vertretern von verschiedenen Kirchen der SU, Wahrnehmung und Verarbeitung der deutsch-russischen Geschichte, wobei wir letzteres auch als ein Stück "Friedensarbeit" auffassten.

Hinsichtlich unserer DDR-Erfahrung ist uns folgendes aufgefallen:

- Das Identitätsproblem stellt sich in beiden Ländern ganz verschieden. Bei den Leuten, die wir in der SU trafen (was natürlich nicht verallgemeinert werden darf) konnten wir ein relativ starkes

Nationalgefühl spüren, das auch mit dem Sozialismus verbunden ist. Die Leute fühlen sich russisch oder bielorusisch oder estnisch - und sozialistisch, auch wenn sie gegenüber der jetzigen Form des Sozialismus ihre Bedenken haben. Auch in den Republiken, wo die Beziehung mit westlichen Ländern stark ist (wie zum Beispiel in Estland mit Finnland) scheint durch das Westfernsehen und westliche Konsumgüter die eigene Kultur und Lebensweise nicht gefährdet zu sein.

In der DDR dagegen haben die Leute entweder kein Nationalgefühl, was die Bestimmung ihrer Identität als DDR-Bürger schwierig macht, oder ein deutsches Nationalgefühl, was praktisch mit Antikommunismus gleichzusetzen ist. Diese zweite Haltung wird von den deutschlandpolitischen Äußerungen bundesrepublikanischer Politiker noch verstärkt, was natürlich das Identitätsproblem der DDR noch schwieriger macht.

Im Widerspruch zu diesen Überlegungen steht zwar die unwahrscheinlich starke Anziehungskraft westlicher Disco-Music in den sowjetischen Lokalen. Diese Musik wird als Luxus betrachtet, auch von den Schülern der Volksmusikhochschule. Für die Jugendlichen ist es "in", abends in die Disco zu gehen, um Musik zu hören, die überhaupt nichts mit der eigenen Tradition zu tun hat. Diese Erscheinung ist aber wahrscheinlich eher als eine Form des Protests gegen eine zu festgelegte Freizeitgestaltung zu verstehen.

- Grundsätzlich spielt es eine wichtige Rolle, dass die Revolution in der SU vom Volk selber gemacht wurde, während die DDR die sozialistische Gesellschaft praktisch "von oben" bekam. Deswegen ist in Moskau für den Aufbau des Sozialismus eine konstruktive Haltung weit mehr verbreitet als in Berlin. Wir hatten aber mehrmals Gelegenheit, mit sowjetischen Bürgern über die in einer Rede vom 15. Juni 1983 von Andropow angekündigten Disziplinmassnahmen zu sprechen. Die Schlamperei der Arbeiter und die Verbreitung des Alkoholismus machen der Regierung Sorgen, und Andropow sieht vor, dagegen ziemlich harte Massnahmen zu treffen. Da ein disziplinloser Arbeiter laut Verfassung auf keinen Fall entlassen werden darf, soll er in Zukunft den Tag, wo er zum Beispiel zu spät im Betrieb erscheint, nicht mehr bezahlt bekommen. In persönlichen Gesprächen wurde uns mit Humor der legendäre Mangel an Fleiss der russischen Arbeiter beschrieben, der viel älter ist als dieses Jahrhundert, also als der Sozialismus, und der einen klaren Gegensatz zum preussischen Sinn für Disziplin darstellt!

Dazu ist aber zu bemerken, mit welcher Klarheit Andropow in der oben zitierten Rede die heutigen Probleme der sowjetischen Gesellschaft beschreibt (Arbeitsdisziplin, Verschwendung und Umweltprobleme, Kreativitätsmangel in den Medien, Probleme der Erziehung, wo zu oft eine "auswendig gelernte Propaganda verbreitet wird", usw.). Höchstwahrscheinlich ist, dass diese Offenheit Andropows auch zu bedeuten hat, dass Lösungen dieser Schwierigkeiten bereits zu sehen sind.

Diese Reise hat uns konkret bewusst gemacht, dass man von "den sozialistischen Ländern" nicht reden darf. Jedes Land, auch im Sozialismus, hat seine eigenen Probleme, seine eigenen Merkmale. Die Auffassung, dass alle "Satellitenstaaten" des Warschauer Vertrags zentralistisch von Moskau bestimmt sind, erweist sich als falsch, oder mindestens als sehr undifferenziert, selbst hinsichtlich der wirtschaftlichen Organisation, wenn man die einzelnen Länder kennenlernt.

Die Lutherische Kirche in Estland

Neben einem geschichtlichen Schwerpunkt in Minsk (Bielorussland) und einem kulturellen in Leningrad haben wir uns in Tallinn (Estland) eher mit der Kirchenproblematik in der SU befasst.

Im 16. Jahrhundert schon hatte sich die lutherische Reformation bis nach Estland verbreitet, aber erst 1917 ging die Kirchenleitung in estnische Hände über. Bis 1860 waren alle Geistlichen aus Deutschland oder Schweden gekommen. Heute noch fühlt man im Stil und in den Strukturen der Estnischen Evangelisch-lutherischen Kirche (EELK) den deutschen Einfluss sehr stark.

Die EELK hat 145 Gemeinden mit zwischen 3000 und 20 Mitgliedern und 3 Aussenstellen in andern Republiken. Insgesamt sind 25% der estnischen Bevölkerung lutheranisch.

Was die Zusammenarbeit mit dem Staat betrifft, so sieht die EELK eine ihrer Hauptaufgaben in der Teilnahme an der Friedensbewegung. Da unterstützt sie entschieden alle Versuche der Sowjetregierung, den Rüstungswettlauf zu stoppen, wobei die Mitglieder des Konsistoriums uns deutlich sagten, sie seien zwar einer Meinung mit dem Staat hinsichtlich der Weltsituation und hätten die gleichen Ziele, würden aber "von einer andern Seite" kommen, das heisst von der Bibel her. Der Erzbischof gehört zum Vorstand des Friedensrates und mehrere Vertreter der EELK pflegen engere Kontakte mit der Prager Christlichen Friedenskonferenz.

Wichtig ist auch für die EELK, dass sie ständig in Beziehung steht mit den lutherischen Kirchen in Schweden, Finnland und auch in der DDR und der BRD. Ein gegenseitiger Austausch ist in der Tat für diese kleine Kirche notwendig, um nicht in Isolation zu geraten.

2. Literaturhinweise

Wir hatten uns vorgenommen, von ein paar interessanten Publikationen zu berichten, die um die DDR-Kirche kreisen oder im Moment viel von sich reden machen. Doch gibt es sehr viel mehr Bücher als wir lesen können! Trotzdem, einige Titel, Hinweise und Anmerkungen ...

- "Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche: eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes", herausgegeben von dem Moderament des Ref. Bundes. Gütersloher Verlagshaus Mohn, 1982.
Die berühmtesten Thesen, mit Erläuterungen.
- "Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente", Herausgeber: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Dreisam Verlag, Freiburg 1982.
Dieses Buch ist aus zwei Arten von Dokumenten zusammengestellt: einerseits individuelle Beiträge von bekannten Theologen um den Frieden, andererseits offizielle Stellungnahmen von kirchlichen Gruppen, Kirchen, Konferenzen in der BRD, Holland, der DDR und der ökumenischen Vollversammlungen. Klassische und bekannte Dokumente sind neu gedruckt, neben neuen Stellungnahmen. Eine wichtige Dokumentensammlung.
- Reinhard Henkys (Herausgeber): "Die evangelischen Kirchen in der DDR. Beitrag zu einer Bestandesaufnahme", Kaiser, München, 1982.
Bisher umfassendste Darstellung der DDR-Evang.Kirchen, ihres

Lebens, Selbstverständnisses, ihrer besondern Jugend- und Friedensarbeit, ihrer Zukunft.

- Reinhard Henkys: "Gottes Volk im Sozialismus: Wie Christen in der DDR leben". Wichern-Verlag, Berlin, 1982.
Reihe von Rundfunksendungen über die DDR-Kirche. Kurz und zusammenfassend, mit allen damit verbundenen Nachteilen.
- Horst Dähn: "Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980", Westdeutscher Verlag (Studien zur Sozialwissenschaft Band 52), Opladen, 1982.
Habilitationsschrift, welche die historische Entwicklung seit 1945 genau verfolgt. Dabei wird gezeigt, dass die heutigen Spannungen zwischen Kirche und Staat eigentlich sehr alt sind, und meistens auf die Gründungsjahre der DDR zurückzuführen sind. Eine differenzierte und sehr gut dokumentierte Darstellung.
- "Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR", Evangelische Verlagsanstalt GmbH, Berlin (Ost), 1981.
In diesem Buch werden die wichtigsten Dokumente aus den DDR-Kirchen unter vier Themen zusammengefasst: "Kirchengemeinschaft", "Lerngemeinschaft", "Standortfindung", "Weltverantwortung im ökumenischen Kontext". Alle Dokumente bis auf eines stammen aus DDR-Zeitschriften und Publikationen, Pressemitteilungen, Kommissionsarbeiten usw.
Interessant, u.a. das Gespräch vom 6. März 1978.
- Klaus Ehring/Martin Dallwitz: "Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR", Rowohlt Taschenbuch, Rororo Aktuell, Buch.Nr. 5019, 1982.
Ein Versuch, die Geschichte der "unabhängigen Friedensbewegung" zu skizzieren. Mit den wichtigen Texten und Briefen, die diese Geschichte geprägt haben (Berliner Appell, Sozialer Friedensdienst ...).
- Horst-Günter Kessler/Jürgen Miermeister: "Vom 'Grossen Knast' ins 'Paradies'? DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Lebensgeschichten". Rowohlt Taschenbuch, Rororo Aktuell 5034, 1983.
Ueber die enormen Schwierigkeiten von DDR-Bürgern, sich an die westliche Welt zu gewöhnen, beziehungsweise sich darin zu integrieren. Beeindruckende Geschichten, nicht sehr lobvoll für den "freien" beziehungsweise "wildem" Westen.
- Haase/Reese/Wensierski (Hrsg.): "VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR", Rowohlt Taschenbuch, Rororo Panther 5178, 1983.
Eine Texte-Sammlung von jungen Autoren aus der DDR, die ihre Alltagsprobleme und Beschäftigungen im real existierenden Sozialismus schildern: Schule, Familie, Beruf, Freizeit, Liebe, usw. Ein guter Beweis für den, der ihn noch braucht, dass die im Westen verbreiteten Klischees kaum etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben. Durch dieses Buch lernt man Leute kennen, die, ohne linientreue FDJler zu sein, auch keine "Systemkritiker" sind, die lieber ausreisen als in der DDR bleiben möchten.

3. Luther und Marx

Ueber "Revolutionäre Ansätze bei Luther und Marx" hat die Evangelische Akademie Berlin (Ost) im September eine Tagung mit E. Richter veranstaltet. Er hielt einen Vortrag "Glaubensgerechtigkeit und Bedürfnisprinzip, Werkgerechtigkeit und Leistungsprinzip, die sozial-ethischen Konsequenzen der Rechtfertigungslehre", der seitdem in einer ausgearbeiteten Form in der Zeitschrift "Kirche im Sozialismus" 4/1983 veröffentlicht wurde.

Der Naumburger Studentenpfarrer bietet in diesem Artikel einen sehr aufschlussreichen Beitrag zum "Luther-Marx-Jahr" an. Er geht von folgender Feststellung aus: die immer wieder bemerkten Schwierigkeiten in der Verkündigung der Rechtfertigungslehre sind "letztlich darauf zurückzuführen, dass wir den sozial-ethischen Konsequenzen der Rechtfertigungslehre bis heute weithin ausgewichen sind". Die Werkgerechtigkeit kann man schon in ein politisch-ökonomisches Vokabular übersetzen, mit der Glaubensgerechtigkeit ist es aber schwieriger, ohne sie in ein "Freizeit-evangelium" zu verwandeln.

Von da aus geht es ihm darum, zu fragen, ob nicht das Bedürfnisprinzip - der normative Leitgesichtspunkt der marxischen Religionskritik - das soziale Komplement zur Rechtfertigungslehre wäre. In zwei parallelen Teilen werden Entsprechungen zwischen Luthers Rechtfertigungslehre und Marxens Theorie von Bedürfnisprinzip und Leistungsprinzip dargelegt.

- 1) Die Ausgangserfahrung der Entfremdung zwischen den Menschen und Gott bei Luther entspricht bei Marx den Konsequenzen des Götzen-dienstes der Produktion: meine Arbeit hat eigentlich keinen Sinn, weil ich sie nur um des - für das Leben notwendigen - Lohnes willen verrichte.
- 2) Wie die Sünde vor Gott zugleich eine Grundhaltung ist, woran ich schuld bin, und eine von mir unabhängige Macht, bin ich in dieser Welt gleichzeitig verantwortlich, also schuldig, und ausgesprochen ohnmächtig. (Was kann ich schon ausrichten mit meinem Verantwortungsgefühl in der Gesellschaft?)
- 3) Durch Christus erfahre ich Gott nicht mehr als Fordernden, sondern als Gebenden, der sich solidarisch für die Menschen einsetzt, und dadurch den Abstand zwischen ihm und den Menschen selber überbrückt. Genauso erfahre ich, dass es eine Zukunft für die Welt gibt, wo Solidarität herrscht und wo die Grundbedürfnisse aller kollektiv befriedigt werden können.
- 4) Wie alle Bemühungen, den Abstand zu Gott selber zu überwinden, vergeblich und verkehrt sind, so sind alle meine Leistungen nur Wahn, weil ich meine eigene Bedürftigkeit nicht wahrhaben will.
- 5) Wie der Glaube nicht als die Leistung verstanden werden kann, so darf die subjektive Bedingung der Revolution nicht missachtet werden. (Die Leidenden müssen ihr eigentliches Bedürfnis sich eingestehen.)
Wie die Gnade nicht als Besitz verstanden werden kann, so darf die objektive Bedingung der Revolution nicht missachtet werden, also die Gesellschaft muss reich und entwickelt genug sein, damit die Grundbedürfnisse aller befriedigt werden können.
- 6) Der gleiche Einwand kann gegenüber der Rechtfertigung nur durch den Glauben wie gegenüber dem Marxschen Prinzip "im Kommunismus sollen die gemeinsam produzierten Güter nicht mehr je nach Leistung

unter den einzelnen verteilt werden, sondern je nach den Bedürfnissen der einzelnen gegeben werden können" erhoben werden, nämlich dass beide Faulheit veranlassen.

7) Dieser Einwand gegenüber der Rechtfertigungslehre ist falsch, weil Gott kein Automat der Verzeihung ist sondern eine Person, und weil unsere Freiheit von der Liebe Gottes nicht überflüssig gemacht, sondern gerade konstituiert wird. Das "gute Werk" wird also von dem Glauben nicht sinnlos gemacht, sondern in seinem Sinn umgekehrt: ich mache es nicht mehr für Gott (= für mich), sondern für den andern. Das Gute mache ich um seiner selbst willen.

Dieser Einwand gegenüber dem Marxschen Bedürfnisprinzip ist falsch, weil die solidarische Gesellschaft kein anonymer Apparat zur Befriedigung beliebiger Bedürfnisse ist, und weil die Freiheit zur Leistung von der Bedürfnisgerechtigkeit nicht aufgehoben, sondern gerade geweckt wird. Im Kommunismus ist gerade die Arbeit das erste Lebensbedürfnis und verschafft in sich Befriedigung, sie hat ihren Sinn in sich selbst, weil es keine Herrschaft mehr gibt.

Das ist aber eine lange Entwicklung, ich bin immer "simul iustus et peccator", Sünder in der Realität, Gerechter in der Perspektive, wie es bei Marx ständig eine Spannung gibt zwischen dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit.

Ein grundsätzlicher Widerspruch besteht aber trotz aller Entsprechungen zwischen dem Reformator und dem Revolutionär: Marx geht es nur um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, also um das geschichtliche Wohl, wobei es Luther darum geht, wie Gott seinen Reichtum verteilt, also um das eschatologische Heil. Dieser Punkt wird aber von E. Richter nicht entwickelt. Damit kommen wir zur Frage der Methode. Es mag legitim sein, im Luther-Marx-Jahr (und überhaupt!) die Ähnlichkeiten zwischen beiden Denkern herauszuheben. Das zu tun ist gerade die Originalität der Arbeit Richters. Ein Vergleich zwischen ähnlichen Gegenständen oder Denkweisen hat aber nur Sinn, wenn damit die Unterschiede, die Besonderheit jedes Denkers gezeigt werden. Dieses Moment kam sowohl im Referat wie auch im Artikel zu kurz.